



MINISTERIUM FÜR UMWELT, FORSTEN
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Sinzig, 29.01.2011

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Stefanie Mittenzwei
Pressesprecherin
Telefon 06131 16-4645
Telefax 06131 16-4649
stefanie.mittenzwei@mufv.rlp.de

Tanja Girke
Pressereferentin
Telefon 06131 16 4416
Telefax 06131 16-4649
tanja.girke@mufv.rlp.de

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz

Atomkraft

Umweltstaatssekretärin Kraege würdigt Arbeit der Tschernobyl-Initiativen: „Zeichen der Hoffnung“ – Land setzt auf Atomausstieg

Am 26. April jährt sich die Atom-Katastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal. Seit 1986 befassen sich viele Initiativen in Rheinland-Pfalz mit der Hilfe für die betroffene Bevölkerung in Russland, der Ukraine und besonders in Weißrussland; bis heute sind mehr als 40 private Initiativen ehrenamtlich aktiv. Bei der Jahrestagung der Tschernobyl Initiativen in Rheinland-Pfalz würdigte Umweltstaatssekretärin Jacqueline Kraege dieses Engagement und dankte allen Aktiven im Namen des Landes.

„Sie geben den Menschen in der Region Tschernobyl mit Ihrer Arbeit nicht nur ein Stück Gesundheit zurück, sondern helfen ihnen auch, das Grauen der Atomkatastrophe zu verarbeiten. Damit setzen Sie auch ein Zeichen der Hoffnung auf eine bessere, sichere und gesunde Zukunft. Dass Sie diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen haben, ist ein Ehrenamt im wahrsten Sinne des Wortes.“ Besonders die Erholungsaufenthalte für die Kinder und der Einsatz der Gasteltern würden von den Betroffenen unmittelbar verstanden und hoch geschätzt, sagte Kraege. „Ihre Ausdauer ist zu bewundern. Sie wird in Anbetracht der schwierigen Situation der Bevölkerung auch in Zukunft notwendig sein. Sie erfüllen eine wichtige humanitäre Aufgabe.“

Umweltstaatssekretärin Jacqueline Kraege betonte, dass es trotz aller Beteuerungen eine risikolose und friedliche Nutzung der Atomkraft nicht geben könne. Ungelöst sei



MINISTERIUM FÜR UMWELT, FORSTEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Sinzig, 29.01.2011

nach wie vor die Endlagerung der radioaktiven Abfälle. Die Atomkraftwerke seien überaltert und es gebe regelmäßig viele Pannen. Rheinland-Pfalz setze sich daher seit vielen Jahren für einen zügigen und endgültigen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ein. Kraege: „Der Atomkonsens von 2001 war ein wichtiger Meilenstein zum Ausstieg aus der Kernenergie. Dem Einknicken der schwarz-gelben Bundesregierung vor der Atom-Lobby mit der unverantwortlichen Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken werden wir nicht tatenlos zusehen.“ Rheinland-Pfalz plant, gemeinsam mit anderen Bundesländern vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen zu klagen.

Kraege: „Wir setzen auf eine nachhaltige Entwicklung, die auch unseren Kindern und Enkeln zugute kommt. Dazu gehören Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz, Nutzung Erneuerbarer Energien und der Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung im eigenen Land. Atomkraft wird so überflüssig.“